

Zahlen „wir“ für die „faulen Griechen“?

„Griechenland hat gelogen. Griechenland hat permanent über seine Verhältnisse gelebt. Griechenland hat riesige Schulden gemacht. Jetzt ist Griechenland pleite, und all jene, die noch einigermaßen solide gewirtschaftet haben, werden zur Kasse gebeten.“

BZÖ-Wirtschaftssprecher in der Kronenzeitung vom 1. Mai 2010.

Viele Menschen, die selber über kein großes Einkommen verfügen, denken ähnlich: Sie sorgen sich, dass ihnen durch die Krise ihr Auskommen noch schwerer gemacht wird und wollen daher nicht, dass der österreichische Staat Geld an Griechenland zahlt. Häufig geht dies mit der Kritik einher, dass „die Griechen“ zu faul seien und ihnen also Sozialabbau und Lohnkürzungen nur Recht geschehen würden. Wir meinen, dass die österreichischen Lohnabhängigen da auf die Falschen losgehen – und damit gegen ihr eigenes Interesse nach einem guten Auskommen handeln.

Haben die Griechinnen und Griechen wirklich „über ihre Verhältnisse“ gelebt?

Ein kurzer Blick auf die Fakten zeigt, dass dem nicht so ist. Zumindest die griechischen Lohnabhängigen haben keineswegs besonders gut gelebt. Das Lohnniveau in Griechenland ist tief, Angestellte erhalten für einen Vollzeitjob im Durchschnitt gerade einmal 40 Prozent des Gehalts eines/einer Angestellten in Österreich. Das, obwohl die Lebenshaltungskosten nur geringfügig niedriger sind als hier. Auch die Sozialleistungen sind niedrig: Von den bei der größten staatlichen Rentenanstalt versicherten Pensionistinnen und Pensionisten müssen 60 Prozent mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen. Mehr Fakten über Griechenland findest du auf der Rückseite.

Ist Griechenland Europas Kärnten?

Es stimmt ja schon: Es gibt in Griechenland Misswirtschaft und Korruption (was nicht heißt, dass es das in anderen europäischen Ländern nicht auch gäbe: Man denke nur an die „Hypo Alpe Adria“). Trotzdem: Misswirtschaft ist nicht der Grund für Griechenlands Staatsbankrott. Die Ursache ist beim Außenhandelsdefizit zu suchen: Griechenland importiert mehr, als es exportieren kann. Importiert wird von den starken zentraleuropäischen Wirtschaften, vor allem aus Deutschland. Da Griechenland Mitglied im Euroraum ist, kann es seine Währung nicht abwerten, um die eigene Wirtschaft zu schützen. Genau das war und ist auch der Sinn der Währungsunion: Einen stabilen Absatzmarkt vor allem für die deutschen Exporte zu schaffen. Wer hat hier also von wem profitiert? Griechenland steht nicht als einziges Land in der Kreide: Die Weltwirtschaft basiert immer mehr auf Verschuldung. Mehr Infos zur Weltwirtschaftskrise auf der Rückseite.

Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allengut? Wer das noch glaubt, ist doch von Gestern.

Lohnkürzungen und Sozialabbau, Angst um den (Leih-)Arbeitsplatz, zunehmender Druck vom AMS, Verdrängung in die Scheinselbstständigkeit oder Unterbesetzung im öffentlichen Dienst – wir sind es seit vielen Jahren gewohnt.

Manche denken, dass wenn unsere Wirtschaft stark genug ist, um in der weltweiten Konkurrenz gut abzuschneiden, uns das Schlimmste erspart bleibt – und lassen sich deswegen diese Zumutungen gefallen. Das ist allerdings ein Trugschluss: Gerade der ehemalige „Exportweltmeister“ Deutschland hat gezeigt, dass eine erfolgreiche Wirtschaft keineswegs auch heißt, dass es den Lohnabhängigen gut geht. Im Gegenteil wurde dieses Wirtschaftswachstum erst durch massive Lohnkürzungen und die Ausweitung des Niedriglohnssektors (z.B. durch HartzIV und Ein-Euro-Jobs) möglich.

Mit Nationalismus schneiden wir Lohnabhängigen uns ins eigene Fleisch!

In der Krise wird sich der Druck auf uns Lohnabhängige noch verstärken. Die nationalistische Wut auf Griechenland spielt den Politikerinnen und Politikern, die die anstehenden Kürzungen durchsetzen werden, in die Hände. Wenn Lohnabhängige gegen die Menschen in einem anderen Land hetzen, verstellen sie sich den Blick darauf, wer wirklich von dieser Politik profitiert. Schließlich sind es die Unternehmerinnen und Unternehmer, denen sinkende Löhne zugute kommen. Was nützt es uns, wenn unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen noch mehr verarmen? Nichts, im Gegenteil: Dies wird die Löhne auch hierzulande noch stärker unter Druck setzen.

Gemeinsam kämpfen statt getrennt verarmen!

Eines haben die Lohnabhängigen in Griechenland gezeigt: Sie machen es den demokratisch gewählten Herrscherinnen und Herrschern nicht ganz so einfach, wenn diese ihnen ihr Leben noch schwerer machen wollen, als es ohnehin schon ist. Viele vertrauen weder dem Staat noch ihren Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen – statt dessen organisieren sie sich, streiken und gehen auf die Straße. Wenn wir Lohnabhängigen auch hierzulande nicht noch mehr Kürzungen hinnehmen und unter noch größerem Druck arbeiten wollen, werden wir ebenfalls kämpfen müssen. Wir sollten uns nicht spalten lassen: Weder in Arbeiterinnen und Angestellte noch in Inländerinnen und Ausländer. Denn weltweit werden es wir Lohnabhängigen sein, die die Krise ausbaden müssen. Wir meinen, dass die Kämpfe der Lohnabhängigen mehr sein sollten als nur Abwehrkämpfe für den Erhalt des Status quo. Denn eines zeigt die Weltwirtschaftskrise deutlich: Wo für den Profit produziert wird, da steigen wir Lohnabhängigen schlecht aus – auch wenn es der Wirtschaft gut geht, wie wir am Beispiel der auf Niedriglohn und Sozialabbau basierenden Exportstärke Deutschlands sehen können. Der Kapitalismus wird uns kein gutes Leben bringen – nutzen wir die Krise, ihn endlich zu überwinden!

Kontakt und Feedback: [Soziale Kämpfe Salzburg sokasa@gmx.at](mailto:sokasa@gmx.at) // sokasa.blogspot.eu

Auflage 10.000 Stück

Krisen-Hintergründe: Was ist neoliberale Politik?

Wie auf der Vorderseite dieses Flugblattes bereits kurz erwähnt, basiert die Weltwirtschaft immer mehr auf Verschuldung. Viele Industrienationen sind mit mehr als 300% ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung verschuldet. Wie konnte es dazu kommen?

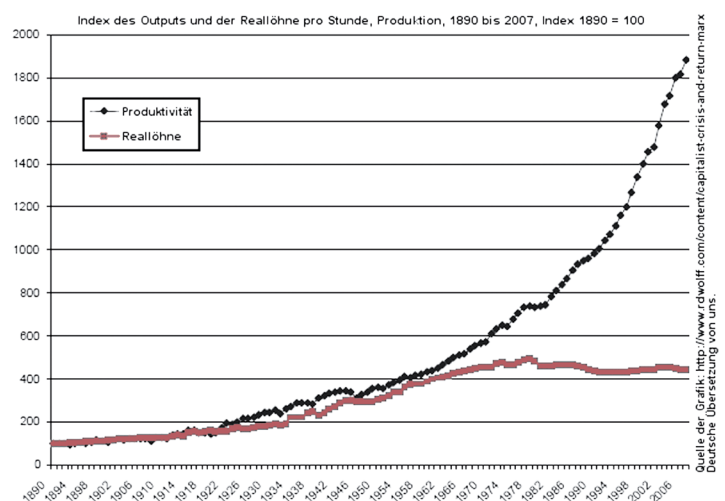
Anfang der 70er Jahre begann die Wirtschaftskrise, die bis heute andauert: Die Profitrate, die in der Nachkriegszeit stets relativ stabil gewesen war, sank immer weiter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die großen Wachstumsmärkte zunehmend gesättigt waren. Dies führte zu einer schärferen Konkurrenz zwischen den Unternehmen, was zu niedrigeren Profiten führte. Gesättigte Märkte bedeuten keineswegs, dass alle Bedürfnisse der Menschen befriedigt sind. Es heißt nur, dass die Zahlungsfähigkeit abgeschöpft ist. Nicht zahlungskräftige Bedürfnisse werden im Kapitalismus nicht befriedigt. Ein Grund für die fehlende Zahlungsfähigkeit war die zunehmende Verdrängung der Lohnabhängigen durch Automatisierung in der Produktion.

Die Lösung für das Problem der sinkenden Profite bestand in einem Angriff auf die Löhne: Obwohl die Produktivität immer weiter anstieg, blieben die Löhne relativ konstant (die Grafik verdeutlicht dies). Diese Politik verschärfte den Grundwiderspruch des Kapitalismus: Weil die Unternehmerinnen und Unternehmer weiterhin in der Konkurrenz bestehen wollen, senken sie die Löhne. Trotzdem sind es aber die Lohnabhängigen, die die produzierten Waren kaufen müssen (wer auch sonst?).

Durch diesen neoliberalen Angriff auf die Löhne entstand also eine Nachfragelücke. Diese wiederum wurde durch Kredit gestopft. Durch die Verschuldung von Staaten, Unternehmen und den Konsumentinnen und Konsumenten wurde eine „künstliche“ Nachfrage erzeugt. Dabei spielen die Banken eine

zentrale Rolle, deren wichtigste Ware schließlich der Kredit ist. Es ist also keineswegs so, dass die Banken die Realwirtschaft in den Abgrund gerissen haben: Im Gegenteil, nur deren aufgeblähte Kredite haben die kapitalistische Wirtschaft überhaupt so lange am Leben erhalten können. Trotzdem war es nur eine Frage der Zeit, bis dieses Kartenhaus in sich zusammenbrechen würde.

Das erklärt auch die Exportorientierung mancher Wirtschaften (z.B. Deutschland und Österreich): Das ist der Versuch, die mangelnde Nachfrage im eigenen Land zu kompensieren, also gewissermaßen die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zu „exportieren“.



Angriff auf die Löhne trotz steigender Produktivität: So stabilisierte der Neoliberalismus ab den 70er Jahren die Profite der Unternehmen.

Griechenland-Facts

Haben die griechischen Lohnabhängigen über ihre Verhältnisse gelebt?

Unsere Zitate und Zahlen aus offiziellen Quellen zeigen, dass das nicht stimmt.

„Das Lohnniveau ist in Griechenland sowohl im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten als auch im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten recht niedrig.“

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auslandsvermittlung)

„Der Mindesttagelohn eines nicht-spezialisierten Arbeitnehmers ist mit Gültigkeit ab dem 1.5.2009 auf 33,03 EUR festgelegt. Der Mindestmonatslohn für einen unverheirateten Arbeitnehmer ist mit Gültigkeit ab dem 1.5.2009 auf 739,57 EUR festgelegt.“

(Quelle: Europäisches Portal zur beruflichen Mobilität)

Übrigens: Dass es so etwas wie einen Mindestlohn überhaupt braucht, zeigt vor allem eines: Die Unternehmerinnen und Unternehmer wollen unseren Lohn so weit runterdrücken, wie es nur geht.

„Der Arbeitgeber entrichtet die Sozialbeiträge, die er vom Gehalt des Arbeitnehmers abgezogen hat, an die Sozialversicherungsträger zusammen mit den Arbeitgeberbeiträgen und führt die jeweils einbehaltene Lohnsteuer ans Finanzamt ab.“

(Quelle: Europäisches Portal zur beruflichen Mobilität)

Lohnabhängige können also keine Lohnsteuern hinterziehen!

„Zusammen mit den beiden iberischen Ländern ergibt sich für Griechenland das höchste Niveau der Einkommensungleichheit.“

(Quelle: Europäisches Portal zur beruflichen Mobilität)

„Die Armutsgefährdungsquote liegt in Griechenland bei 20%, in Österreich „nur“ bei 12%.“

(Quelle der Daten: Eurostat)

„Die Ausgaben für den Sozialschutz sind in Griechenland mit 24,2% des BIP geringer als in Österreich (28,8%). Auch für die Pensionen hat Griechenland weniger ausgegeben als Österreich (12,1% vs. 13,8%).“

(Quelle der Daten: Eurostat)

„Die Mindestpension in Griechenland belief sich 2004 auf 419,48 Euro. In Österreich sind es 653 Euro für eine Einzelperson (die sog. „Sozialpension“).“

(Quelle: OECD)

Weiterführende Artikel zu diesem Thema (und die oben genannten Quellen) findest du auf unserer Internetseite.

Kontakt und Feedback: [Soziale Kämpfe Salzburg sokasa@gmx.at](mailto:sokasa@gmx.at) // sokasa.blogspot.eu